

Vorstellung der artenschutzrechtlichen Untersuchung durch Dr. Boschert

Herr Dr. Boschert hat in den letzten Monaten die zahlreichen artenschutzrechtlichen Beobachtungen, die Mitbürgerinnen und Mitbürger in den vergangenen Jahren gemacht und dokumentiert haben, ausgewertet und hat in der Sitzung des Gemeinderats am 26. Juli 2016 sein Gutachten dazu vorgestellt.

Er hat sehr ausführlich die vielfältigen Beobachtungen unterschiedlicher Vogelarten dargestellt, die im gesamten Bereich des Bergwalds von Ettlingen bis Freiolsheim beobachtet werden können. Sehr detailliert hat er die Beobachtungen der einzelnen Vogelarten dargestellt und dabei aufgezeigt, welches hohe Konfliktpotenzial aus artenschutzrechtlicher Sicht in den Bereichen besteht, in denen Vorranggebiete für die Nutzung von Windkraftanlagen im Regionalplan ausgewiesen sind. Dabei ist anzumerken, dass der Regionalplan durch den Regionalverband Mittlerer Oberrhein zwar beschlossen aber durch das Land Baden-Württemberg noch immer nicht genehmigt ist. Erst nach Genehmigung des Regionalplans und sobald dieser dann schriftlich vorliegt kann geprüft werden, wie die Gemeinde Malsch mit diesem Regionalplan weiter umgehen will. Wir haben uns deshalb in der Gemeinderatssitzung dagegen ausgesprochen, die Ergebnisse des Gutachtens von Herrn Dr. Boschert unkommentiert an den Regionalverband weiterzuleiten. Wir haben angeregt, dass sich alle Fraktionen mit den Ergebnissen des Gutachtens nun über die Sommerpause intensiv befassen und dass auch den Bürgerinitiativen die Ergebnisse zur Verfügung gestellt und ihnen die Möglichkeit eingeräumt wird, Stellung zu beziehen. Der Gemeinderat kann sich dann im Herbst 2016 mit den Ergebnissen des Gutachtens und ggf. mit den Stellungnahmen der Bürgerinitiativen noch einmal befassen und dann entscheiden, wie weiter verfahren werden soll. Eine Weiterleitung an den Regionalverband muss aus unserer Sicht in jedem Fall begleitet werden durch eine klare Position des Gemeinderats und durch ein Schreiben, in dem die Auffassung der Gemeinde klar zum Ausdruck kommt und in dem klare Erwartungen an den Regionalverband aufgrund der nun vorliegenden neuen Erkenntnisse formuliert werden. Der Gemeinderat ist dieser Anregung gefolgt.

Zweiter Bauabschnitt zur Sanierung der Hans-Thoma-Schule kann beginnen.

Nachdem bereits in der Sitzung des Gemeinderats am 28. Juni 2016 das Konzept des zweiten Bauabschnitts zur Sanierung der Hans-Thoma-Schule vorgestellt wurde, hat die Verwaltung die Zeit bis zur Sitzung am 26. Juli 2016 dazu genutzt, die finanziellen Auswirkungen der unterschiedlichen Investitionsprojekte, die die Gemeinde Malsch in den kommenden Jahren umsetzen muss, noch einmal auszuwerten und dabei aufzuzeigen, welche finanziellen Auswirkungen die Finanzierung dieser großen Investitionsprojekte in den kommenden Haushaltsjahren jeweils haben werden. Für uns Freie Wähler war immer klar, dass wir die Sanierung der Hans-Thoma-Schule im zweiten Bauabschnitt zügig fortführen müssen. Angesichts des erheblichen Investitionsbedarfs der Gemeinde bei anderen wichtigen Projekten war allerdings abzuwägen, ob dieser zweite Bauabschnitt in zwei oder in drei Jahren realisiert werden kann. Die Entscheidung über diese Frage hat große Auswirkungen auf die Liquidität

des Haushaltes und deshalb war es wichtig, alle Aspekte noch einmal abzuwägen. Die Freien Wähler haben in der Sitzung am 26. Juli 2016 für die Realisierung des zweiten Bauabschnitts in vier Teilabschnitten plädiert, um dadurch die Liquidität des Haushalts angesichts der anderen wichtigen Investitionsprojekte angemessen sicherstellen zu können. Dies war auch der Vorschlag des Kämmerers. Die Mehrheit des Gemeinderats ist diesem Beschlussvorschlag gefolgt und nun können die Vorbereitungen für den zweiten Bauabschnitt beginnen. Außerdem wurde in der Gemeinderatssitzung darüber entschieden, wer künftig die Mittagsverpflegung in der Hans-Thoma-Gemeinschaftsschule übernehmen soll. Diese Dienstleistung wurde zuvor ausgeschrieben. Der Ausschreibung lag ein entsprechendes Leistungsverzeichnis zugrunde, das zuvor im Gemeinderat ausführlich beraten wurde. Darüber hinaus haben sich Mitglieder der Verwaltung und des Gemeinderats bei einem Probeessen ein Bild von der Qualität des Essens gemacht. Wir haben dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt, die Mittagsverpflegung an die Firma Sauder GmbH in Bruchsal für das Schuljahr 2016/2017 zu vergeben.

Erarbeitung von Steckbriefen für mögliche weitere Baugebiete

Im Rahmen einer Klausurtagung des Gemeinderats bestand Einvernehmen darüber, dass angesichts der hohen Nachfrage nach Baugrundstücken in Malsch und in den Ortsteilen eine gezielte Weiterentwicklung der Gemeinde wichtig ist. Bevor der Gemeinderat darüber entscheidet, welche Baugebiete künftig erschlossen werden sollen, ist es wichtig, alle Aspekte für die jeweiligen Baugebiete zu betrachten und abzuwägen.

Fragen der Erschließung und der Verkehrsführung sind dabei genauso wichtige Aspekte wie Umweltbelange und Kosten-Nutzen-Analysen. Im Rahmen der Klausurtagung wurde deshalb angeregt, Steckbriefe für jedes in der Diskussion befindliche Baugebiet zu erstellen, in denen alle Aspekte aufgezeigt und abgewogen werden. Sie dienen damit als Entscheidungshilfe für den Gemeinderat. Mit dem Büro Wald & Korbe haben wir in der Vergangenheit sehr gute Erfahrungen gemacht, was die Aufarbeitung des Themas Hochwasserschutz in Malsch angeht. Deshalb haben wir der Vergabe des Auftrags für die Erstellung von drei Steckbriefen für die Baugebiete Hungerbühl, Mönchäcker/Haft und Kiegerlich (Sulzbach) zugestimmt.

Vergabe von Baumaßnahmen

Bei der Sanierung der Frauenalberstraße im Ortsteil Völkersbach wurde im Zuge der Sanierung festgestellt, dass vorhandene Versorgungsleitungen nicht in der vorgeschriebenen Tiefe verlegt worden sind. Dafür verantwortlich sind die Firmen Netze BW und Telekom. Die Leitungen müssen nun neu verlegt werden, weshalb es zu Mehrkosten von 92.000 Euro kommt. Sowohl Netze BW als auch Telekom sind in Kenntnis gesetzt. Die Gemeinde wird die Kosten dort geltend machen. Um allerdings Bauverzögerungen zu vermeiden, haben wir den Mehrkosten zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, die Maßnahme zügig weiterzuführen und eine Kostenerstattung bei den Leistungsträgern durchzusetzen.

Vergeben wurden außerdem die Rohbauarbeiten für den Um- und Erweiterungsbau des Kindergartens „Regenbogen“ in Völkersbach. Hier haben wir der Vergabe an die Firma Eisenbiegler GmbH, die das günstigste Angebot abgegeben hat, zugestimmt.

Außerdem wurden im Zuge der Sanierung der Goethestraße festgestellt, dass auch der Teilausbau der Adolf-Kolping-Straße zwischen dem Malscher Landgraben und der Hans-Thoma-Straße notwendig ist. Auch hier sind wir dem Verwaltungsvorschlag gefolgt und haben den zusätzlichen Arbeiten und der überplanmäßigen Ausgabe zugestimmt.

Nachdem in der Sitzung am 19. Juli 2016 die Vergabe der erweiterten Rohbauarbeiten zum Neubau des Jugend- und Familienzentrums mit Kinder-Tagesstätte nicht erfolgen konnte, war dies erneut Thema in der Gemeinderatssitzung am 26. Juli 2016. Das Unternehmen, das das günstigste Angebot vorgelegt hatte, wurde in der Sitzung vom 19. Juli 2016 von dem beratenden Ingenieurbüro Kappis Ingenieure in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und in seiner Zuverlässigkeit kritisch eingeschätzt, was in der Sitzung am 19. Juli 2016 eine Vergabe an diese Firma verhindert hatte. Wir haben in dieser Sitzung angeregt, noch einmal mit der Firma zu sprechen und die strittigen Fragen zu klären. In der Sitzung am 26. Juli 2016 wurden wir nun darüber informiert, dass die in dem Vergabevorschlag des Ingenieurbüros enthaltenen kritischen Aspekte in einem Gespräch mit der Firma ausgeräumt werden konnten. Wir haben uns deshalb dem Vorschlag der Verwaltung angeschlossen, die erweiterten Rohbauarbeiten an die Firma K & A Bauunternehmung, Karlsruhe, zu vergeben. Wir haben bei diesem Tagesordnungspunkt kritisch angemerkt, dass wir uns hier vom Ingenieurbüro eine sorgfältigere Bearbeitung gewünscht hätten, die so entscheidungs-erhebliche Aspekte vor einer Präsentation im Gemeinderat ausreichend geprüft hätte.

Offenlage für Bebauungsplan „Ehemalige Papierfabrik Malsch“ beschlossen

Im Rahmen der Öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans „Ehemalige Papierfabrik Malsch“ gingen einige Anregungen von Behörden, sonstigen Trägern öffentlicher Belange und Privatpersonen ein, die im Gemeinderat am 26. Juli 2016 dargestellt und beraten wurden. Die Anregungen wurden vom Fachplaner ausführlich dargestellt. Wir haben der Offenlage dieses Planentwurfs in der Sitzung am 26. Juli 2016 zugestimmt und dabei zum Ausdruck gebracht, dass wir Wert darauf legen, dass im Rahmen der weiteren Planung durch die Verwaltung besonders auch die Wünsche der Betriebe berücksichtigt werden sollten, die sich in diesem Gewerbegebiet ansiedeln wollen.

Für die Fraktion der Freien Wähler
Horst Sahrbacher